

MUT

Mensch und **U**mwelt schonende DB-**T**rasse
Nördliches Markgräflerland e.V.



Kontaktadresse:

M U T e.V.

c/o Geschäftsstelle

Eichenweg 13

79189 Bad Krozingen

Tel.: 07633-13171

Fax: 07633-13171

Email: info@mut-im-netz.de

Web: www.mut-im-netz.de

MUT-Probe am 14. und 15. Juli 2007

Ansprache des MUT-Vorsitzenden

(Wortlaut)

Anrede

Gestern war in der Apotheken-Umschau u.a. zu lesen: „Eisenbahnlärm stört mehr als Flugzeuglärm. Bei gleichem Lärmpegel werden die Betroffenen am häufigsten durch Schienenverkehr geweckt, und auch die Herzschlagfrequenz ändert sich stärker als bei anderen Verkehrsarten. Weil Bahnlärm jahrelang als nicht so störend galt, gab es dazu bisher nur wenige Lärmstudien“. Dafür, dass der Schienenlärm am meisten stört, erhält er auch noch einen Lärmbonus! Das ist dem Bürger nicht zu vermitteln. Deshalb sagen wir:

Güter auf die Schiene – ja, aber nicht um jeden Preis! Mit den Planungen à la Bahn ist dieser Preis für die Bürgerinnen und Bürger im MUT-Land viel zu hoch.

- **Wir und unsere Nachkommen wollen auch in Zukunft ruhig schlafen.**
- **Unsere Kommunen sollen sich auch in Zukunft entwickeln dürfen.**
- **Unsere Naherholungslandschaft soll auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleiben.**
- **Unsere Landwirte brauchen auch in Zukunft fruchtbares Ackerland.**

Warum sollten wir also die Verlagerung der Güterverkehrs auf die Schiene befürworten? Güter auf dem LKW bedeutet für uns: Güter fahren auf der Autobahn und nicht durch die Wohnbebauung, es gibt ein Nacht- und ein Sonn- und Feiertagsfahrverbot, es gibt keine Neuzerschneidung der Landschaft. Güterverkehr auf der A5 ist akzeptiert!

Dennoch könnten wir uns mit der Verkehrsverlagerung auf die Schiene anfreunden, wenn dies Mensch und Umwelt schonend geschieht. Mit bisher über 20.000 Einwendungen haben die Menschen am Oberrhein die Nachteile der Bahnplanungen angeprangert und eine menschen- und umweltverträgliche Planung eingefordert. Im MUT-Land ist dies eine Tieflage der Trasse mit möglichst hohem Deckungsgrad: Die Bürgertrasse!

Auf dem Weg zur Bürgertrasse haben wir bereits positive Signale empfangen: Abgeordnete aus Bund und Land haben uns ihrer Solidarität versichert; das Land hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Zugzahlentwicklung mit einem Planungshorizont 2025 untersucht.

Aber das reicht nicht aus, wie der Erörterungstermin zum Streckenabschnitt 9.2 in Weil gezeigt hat. In einem Zeitungskommentar darüber war zu lesen: Die machen ja doch, was sie wollen“. Nein, die Bahnleute machen nicht, was sie wollen, sondern was sie dürfen, aber das mit großer Arroganz

Was die Bahnplaner dürfen, bestimmt die Politik. Sie setzt den rechtlichen und finanziellen Rahmen für die Neu- und Ausbaumaßnahme am Oberrhein. Unsere Mandatsträger wurden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass hier Handlungsbedarf besteht. Initiativen der Bundestagsfraktionen haben sich bisher gegenseitig neutralisiert. Solange aber die über die Lokalpolitik hinaus wirkenden Abgeordneten in Land und Bund nicht zu einer konzertierten parlamentarischen Initiative zusammenfinden, wird die Bahn mit ihrer lebensfeindlichen Planung am Oberrhein weitermachen können. Es ist dringend notwendig, den Rechts- und Finanzrahmen, in dem die Bahnplaner im Auftrag des Bundes mit unseren Steuergeldern operieren, an eine stark veränderte Sachlage anzupassen.

Wenn Tausende von bahnlärmbetroffenen Bürgerinnen und Bürger mit der Gesetzeslage unzufrieden sind, muss sich etwas ändern. **Hier ist die Politik in der Pflicht.** Das politische Klima am Oberrhein wird kippen, wenn sich die Verantwortlichen dafür – das sind in erster Linie die Bundestagsabgeordneten, der Bundesverkehrsminister und der Bahnchef, aber auch die Landesregierung - nicht dem nachhaltigen Gespräch mit der Bevölkerung stellen. Wer glaubt, das Problem aussitzen zu können, der treibt es in die Eskalation. Was bleibt dem lärmgeplagten Bürger sonst übrig, wenn alle seine Bemühungen im Sande verlaufen?

Auch die Bahnleute dürfen es sich nicht so leicht machen, und den Schwarzen Peter für ihr Tun einfach an die Politik weiterschieben. Sie wissen nämlich genau, was sie mit ihren Planungen der Bevölkerung antun. Deswegen kann von ihnen erwartet werden, dass sie ihren Beitrag zu einer fairen Planung neuer Schienenwege leisten. Sie müssen der verantwortlichen Politik klar machen, dass so wie bisher nicht weiter mit Menschen verfahren werden kann und dass endlich die nötigen Mittel bereitgestellt werden, um neue Schienenwege menschenverträglich zu bauen. Die DB AG würde damit viel an positivem Image zurück gewinnen, das ihr galoppierend verloren gegangen ist.

Hier haben wir in der Tat Gemeinsamkeiten mit den Bahnleuten, wie unser Besuch in der DB-Konzernzentrale am letzten Montag gezeigt hat: Für einen vernünftigen Ausbau der Oberrheinstrecke sind deutlich mehr Mittel erforderlich.

Die Bahnverantwortlichen müssen sich doch sagen: Am Oberrhein muss etwas getan werden – wir wollen an die Börse und können uns Zoff ohne Ende dort nicht leisten. Wer soll eine Aktie kaufen, wenn nicht sicher ist, ob der Bahnausbau am Oberrhein überhaupt gelingt? Als richtig wird die Strategie der Bürgerinitiativen bestätigt, hierfür die Politik in die Verantwortung zu nehmen.

Wir wollen allen Verantwortlichen nochmals eindringlich klar machen, dass gehandelt werden muss. Dazu wird es am 6. Oktober 2007 auf dem Freiburger Augustinerplatz eine Großkundgebung mit unseren Schwesterinitiativen in Freiburg, Kenzingen, Herbolzheim, Ringsheim, Mahlberg-Orschweier, Lahr und Offenburg geben.

Wir Alle werden für Baden 21 eintreten, die Trasse der Bürger vom Markgräflerland bis Offenburg. BADEN 21 fängt mit unserer Bürgertrasse im Süden an. Ich möchte Sie schon heute aufrufen, an dieser äußerst wichtigen Veranstaltung teilzunehmen: Bitte merken Sie sich den Termin unbedingt vor.

Die Großkundgebung bereitet vor auf das Politische Gespräch am 24. Oktober 2007 mit zahlreichen Bundestagsabgeordneten, in der Hauptsache aus Südbaden, in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin. Auch Bundesverkehrsminister Tiefensee ist eingeladen; bis jetzt hat er noch nicht abgesagt. Mit dem Politischen Gespräch müssen wir nochmals deutlich machen:

Die Menschen müssen sich nicht an die Rechtslage, sondern die Rechtslage muss sich an die Menschen anpassen. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es Schwarz auf Weiß im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das Volk am Oberrhein sollte sich darauf besinnen. Die Bahn will die Planfeststellungen am Oberrhein auf Biegen und Brechen zügig durchziehen. Es wird höchste Zeit, dass sie dabei gebremst wird.

Noch ist es Zeit, das Problem im Sinne der heute schon lärmgeplagten Menschen mit parlamentarischen Mitteln zu lösen. Wenn das die Politik nicht kann oder will, muss das Problem außerparlamentarisch gelöst werden. Dazu haben wir gestern und heute schon mal die erste Trainingseinheit absolviert.

Wir hoffen natürlich, dass wir unsere Ziele friedlich erreichen. Bitte unterstützen Sie uns nach Kräften dabei: Wenn Sie noch nicht Mitglied bei MUT sind, werden Sie es bitte heute! Beitrittsklärungen finden Sie an unseren Informationsständen.

Zum Schluss noch ein Wort zur Bürgertrasse, die wir uns zur Lösung des Bahnproblems wünschen. Wir untersuchen derzeit, wie sich der Deckungsgrad bei gleichbleibenden Kosten deutlich erhöhen lässt. Zu gegebener Zeit werden wir Sie über das Ergebnis informieren. Heute haben wir Ihnen ein Stück Bürgertrasse im Modell mitgebracht, das von unseren MUTigen Seefelder Mitgliedern gefertigt und aufgebaut wurde und das wir nun feierlich enthüllen wollen.